



Nr. 297 | 06.09.2022

Polen-Analysen

Neue wissenschaftliche Institutionen unter der PiS-Regierung

■ ANALYSE	
Zwischen Wissenschaft und Politik. Die institutionelle Landschaft in Polen unter der PiS-Regierung	2
Peter Oliver Loew, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt	
■ DOKUMENTATION	
Gesetzesentwurf über das Hl. Maximilian Kolbe-Institut zur Entwicklung der Polnischen Sprache	11
Ministerpräsident Mateusz Morawiecki über das Łukasiewicz-Forschungsnetzwerk	12
■ CHRONIK	
5. Juli – 5. September 2022	13

Zwischen Wissenschaft und Politik. Die institutionelle Landschaft in Polen unter der PiS-Regierung

Peter Oliver Loew, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

DOI: 10.31205/PA.297.01

Zusammenfassung

Die seit 2015 von der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) geführte Regierung hat in den vergangenen sieben Jahren mehrere Dutzend neue Institute, Agenturen und Fonds gegründet, die teils wissenschaftlichen, teils nicht-wissenschaftlichen Zwecken dienen. Bereits im Frühjahr 2021 erklärte die Regierung auf die Anfrage einer oppositionellen Abgeordneten, es seien 35 derartige Einrichtungen neu geschaffen worden, und seitdem sind noch einige dazugekommen. Teils füllen die Institute tatsächlich Lücken im Bereich der wissenschaftlichen oder kulturellen Infrastruktur, teils sind sie Elemente des umfassenden *PiS*-Projekts, alternative Eliten zu etablieren und ihnen eine materielle Basis zu verleihen, die ihnen auf Dauer Einfluss auf die Entwicklung der polnischen Gesellschaft geben soll. Der Beitrag liefert einen Überblick über einige der wichtigsten neu entstandenen oder umgestalteten Institute, die in unterschiedlichem Maße Gegenstand der öffentlichen Debatte gewesen sind. Für eine umfassende Analyse ist es aufgrund der meist erst seit wenigen Jahren oder gar Monaten andauernden Arbeit der Einrichtungen noch zu früh, weshalb die folgenden Ausführungen eher einen deskriptiven Charakter haben.

Einrichtungen der wissenschaftlichen Infrastruktur

Die polnische Wissenschaftslandschaft befand sich nach der Systemtransformation in einer schwierigen Lage und kämpft seit dreißig Jahren darum, zu den führenden Wissenschaftsnationen aufzuschließen. Aufgrund der Beharrlichkeit existierender Strukturen und zahlreicher Partikularinteressen, aber auch wegen fehlender Mittel oder fehlenden politischen Willens waren beim Regierungsantritt der *PiS* (seit 2015) noch zahlreiche Defizite zu beklagen, selbst wenn bereits zuvor wichtige neue Institutionen geschaffen worden waren – etwa 2007 das Nationale Zentrum für Forschung und Entwicklung (*Narodowe Centrum Badań i Rozwoju – NCBR*) und 2010 das Nationale Wissenschaftszentrum (*Narodowe Centrum Nauki – NCN*).

Ein Defizit ging die Regierung unter dem engagierten Wissenschaftsminister Jarosław Gowin rasch an. Denn seit langem hatte die Wissenschaft auf die Notwendigkeit hingewiesen, die internationale wissenschaftliche Vernetzung Polens zu stärken. Die Regierung griff also diese Initiative auf und gründete 2017 – gestützt durch einen parteiübergreifend verabschiedeten Sejm-Beschluss – die **Nationale Agentur für Akademischen Austausch** (*Narodowa Agencja Wymiany Akademickiej – NAWA*), für die nicht zuletzt der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) Pate gestanden hat. Diese Agentur hat ihre Arbeit rasch aufgenommen, das Jahresbudget liegt für 2022 bei etwa 250 Mio. Złoty. Sie fördert Auslandsaufenthalte oder die Rückkehr nach Polen von arrivierten Wissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlern, unterstützt in- und

ausländische Studierende, finanziert Polnisch-Lektoren im Ausland, organisiert Sommerschulen und stärkt die internationale Vernetzung polnischer wissenschaftlicher Einrichtungen. 2020 profitierten knapp 7000 individuelle Antragsteller von *NAWA*-Programmen.

Gewisse Bedenken hatte die Opposition bei den Beratungen im Sejm nur hinsichtlich der Auswahlkriterien für den Direktor, und tatsächlich sorgte eine Ernennung für Verwunderung: Als im August 2022 ein Vertrauter des nationalkatholischen Bildungsministers Przemysław Czarnek, der 32-jährige Absolvent der Katholischen Universität Lublin Dawid Kostecki, zum Direktor ernannt wurde, wurde dies mit dem Verweis auf seine mangelnde Erfahrung, aber auch auf sein parteipolitisches Engagement (er hatte 2018 für die *PiS* für den Lubliner Stadtrat kandidiert) kritisiert. Derlei Kritik ist in der polarisierten politischen Öffentlichkeit Polens kein Wunder, doch stehen ohne Auswahlverfahren vorgenommene Besetzungen von Leitungsfunktionen in staatlichen oder staatsnahen Einrichtungen generell unter dem Verdacht, dass zuweilen politische Zuverlässigkeit wichtiger ist als fachliche Kompetenz.

2019 wurde auf Betreiben verschiedener Ministerien nach Konsultationen mit Wissenschaft und Wirtschaft das Forschungsnetzwerk *Sieć Badawcza Łukasiewicz* gegründet (siehe Dokumentation auf S. 12). Der Sejm hatte das Netzwerk im Februar 2019 nur mit den Stimmen der Regierungsmehrheit beschlossen; ein Kritikpunkt war auch hier die Tatsache, dass die Leitungsposten nicht durch Ausschreibung, sondern durch ministeriale Ernennung besetzt werden sollten (Präsi-

dent wurde dann ein Vertrauter von Wissenschaftsminister Gowin, Piotr Dardziński). Das Netzwerk orientiert sich an französischen und deutschen Vorbildern, vor allem der Fraunhofer-Gesellschaft, wobei neben einer besseren Forschungskoordination auch die bessere Verwertung von Forschungsergebnissen in enger Zusammenarbeit mit der polnischen Wirtschaft eine wichtige Rolle spielt. In seiner Selbstdarstellung betont das nach dem Erfinder der Petroleumlampe Ignacy Łukasiewicz benannte Netzwerk gerade diese anwendungsorientierten Aspekte der Zusammenarbeit: »Das Łukasiewicz-Forschungsnetzwerk ist ein einzigartiges Projekt mit gewaltigem kommerziellem Potential. Es ist ein einheitlicher Player am Markt, der attraktive, vollständige und konkurrenzfähige Geschäftsideen in den Bereichen Automatisierung, Chemie, Biomedizin, Teleinformatik und Materialwissenschaften sowie fortschrittliche Produktionsmethoden liefert. Mit 8000 Mitarbeitern und 26 Forschungsinstituten in zwölf polnischen Städten sind wir das drittgrößte Forschungsnetzwerk in Europa.« Unternehmen mit spezifischen Forschungsbedarfen können sich an die Zentrale des Netzwerks – das Centrum Łukasiewicz – wenden, das in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Mitgliedsinstituten Lösungsansätze erarbeitet. Die Institute des Netzwerks besaßen 2022 einen Grundhaushalt von knapp 2 Mrd. Zloty und Projektmittel in Höhe von etwa 7,5 Mrd. Zloty. Künftig soll das Netzwerk noch stärker Mittel der EU-Forschungsförderung beantragen.

Für die kontroversten Diskussionen sorgte das Projekt, eine **Internationale Kopernikanische Akademie** (*Międzynarodowa Akademia Kopernikańska*) zu gründen, deren Ziel den Ideengebern im Regierungslager zufolge ebenfalls die Internationalisierung der polnischen Wissenschaft sein soll. Kritiker sehen in dem Vorhaben hingegen die Absicht, weitere Parallelstrukturen in der polnischen Wissenschaftslandschaft zu etablieren und eine Kadenschmiede für nationalkonservative Eliten zu gründen.

Aufgabe der Kopernikus-Akademie soll es sein, das Nationale Kopernikus-Programm (*Narodowy Program Kopernikański*) umzusetzen. Dazu sollen verschiedene Bestandteile gehören: Kopernikus-Stipendien, Kopernikus-Förderprogramme, eine Nikolaus-Kopernikus-Hochschule (*Szkoła Główna Mikołaja Kopernika*) mit Abteilungen in verschiedenen Städten Polens, Kopernikus-Preise für verschiedene Wissenschaftsbereiche in Höhe von je 500.000 Zloty sowie alle fünf Jahre ein Welt-Kopernikus-Kongress in Thorn (Toruń). Die Akademie soll »Kammern« für folgende Disziplinen besitzen: Astronomie, Mathematik und Naturwissenschaften; Medizin; Wirtschaft und Verwaltung; Philosophie und Theologie; Rechtswissenschaften. Außerdem soll es eine Kammer für die Träger des Kopernikus-Prei-

ses geben. Der Akademie sollen maximal 100 arrivierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angehören, die durch den polnischen Staatspräsidenten ernannt werden – die erste Generation auf Antrag des Wissenschaftsministers. Ein Akademiezentrum soll die Organisation von Tagungen und die Projektbegleitung übernehmen. Es ist geplant, »Akademie-Botschafter« zu ernennen, deren Aufgabe es ist, mit Hilfe von Förderprogrammen polnische Wissenschaft, Kultur, Geschichte und »nationales Erbe« im Ausland zu propagieren.

Die Kritik an diesem seit 2021 vom PiS-Umfeld lancierten Projekt reißt nicht ab. Es heißt, damit solle eine politisch von der nationalkonservativ-katholisch geprägten Regierung kontrollierte Konkurrenz zur weitgehend autonom verwalteten Polnischen Akademie der Wissenschaften (*Polska Akademia Nauk – PAN*), zur Polnischen Akademie der Gelehrsamkeit (*Polska Akademia Umiejętności*) oder auch zu anderen existierenden wissenschaftlichen Einrichtungen geschaffen werden. PAN-Präsident Jerzy Duszyński befürchtete 2021 sogar die Schließung oder Schrumpfung der PAN auf Kosten der kostspieligen neuen Akademie, was angesichts der massiven Kritik von Minister Czarnek an der PAN durchaus in die politisch hitzigen Debatten zu passen schien.

Besonders scharf bemängelt wurde, dass die erste Generation von Akademiemitgliedern vom national-katholischen Bildungs- und Wissenschaftsminister Czarnek bestimmt werden soll. Massive Kritik kam etwa von der polnischen Rektorenkonferenz, die in der neuen Einrichtung die wissenschaftliche Autonomie gefährdet sah. Auch die Generalversammlung der PAN oder der Beirat des Nationalen Wissenschaftszentrums sprachen sich klar gegen die neue Akademie aus. Bemängelt wurde etwa, dass die Geisteswissenschaften lediglich von Philosophie und Theologie vertreten werden, was als ein deutlicher Hinweis auf die erwünschte weltanschauliche Richtung der neuen Institution gesehen wurde. Dieser Auffassung schloss sich im Mai 2022 die von der Opposition dominierte zweite Parlamentskammer, der Senat, an, der das Projekt als politisiert ablehnte. Der Sejm überstimmte den Senat im Juni 2022 mit knapper Regierungsmehrheit; Staatspräsident Andrzej Duda unterschrieb das Gesetz wenig später, am 1. September 2022 ist es in Kraft getreten. Die vorgesehenen jährlichen Kosten in Höhe von 25 Mio. Zloty scheinen allerdings angesichts der vielfältigen Absichten sehr gering angesetzt zu sein.

Minister Czarnek jedenfalls ist begeistert von der von ihm lancierten und forcierten Idee: »Wir haben etwas geschaffen, an das viele seit Jahrzehnten gedacht haben, wir haben eine elitäre Hochschule geschaffen [...]. Hier werden wir die künftigen polnischen Eliten ausbilden. [...] Wir brauchen Eliten, wir brauchen Elitenbildung, und genau dafür ist die Kopernikanische

Akademie erdacht worden.« Die internationale Ausrichtung solle sich vor allem an Staaten der Drei-Meeres-Initiative wenden. Auf die Bedeutung der universitären Zusammenarbeit in diesem Staatenbündnis angesprochen, antwortete Minister Czarnek in einem anderen Interview: »Wenn diese Zusammenarbeit im humanistischen Bereich stattfinden soll, so soll sie sich auf die Verteidigung christlicher Werte konzentrieren. An vielen Orten verabschiedet sich Europa vom Christentum, ja bekämpft es sogar, während die Drei-Meeres-Initiative ein Ort in Europa ist, der sich hinsichtlich der Treue zu den christlichen Werten irgendwie hält. Das muss man nutzen, um unsere Zivilisation zu retten.« Insofern scheinen die Hoffnungen, die das Regierungslager mit der neuen Akademie verbindet, klar zu sein; die Befürchtungen aus großen Teilen der Wissenschaft könnten sich bewahrheiten. Eröffnet werden soll die Akademie zum 550. Geburtstag von Nikolaus Kopernikus am 19. Februar 2023 mit einem großen Kongress in Thorn.

Ähnliche Funktionen wie die geplante Kopernikische Akademie hat bereits ein Institut, das im Februar 2021 von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ohne vorherige Konsultationen gegründet worden ist. Allerdings waren die Aufgaben des **Instituts De Republica** (*Institut De Republica*) der Öffentlichkeit zunächst unklar. Die Tageszeitung *Rzeczpospolita* hatte in der Kanzlei des Ministerpräsidenten nachgefragt, wo niemand wusste, was das mit 16 Mio. Złoty (2022: 21 Mio.) und etwa 30 Stellen ausgestattete Institut eigentlich tun solle. Auf seiner Homepage heißt es – sogar auf einer im Aufbau befindlichen deutschsprachigen Seite – überaus vage: »Das Institut De Republica fördert und popularisiert die polnische Wissenschaft in Polen und im Ausland, indem es bedeutende wissenschaftliche Veröffentlichungen herausgibt, Forschungs-, Bildungs- und Ausbildungsprojekte durchführt und wissenschaftliche Konferenzen und Seminare organisiert.« Die Projekte sollen sich, so erfährt man auf der polnischen Institutsseite, mit der »Idee der Staatlichkeit« beschäftigen, und das Institut wolle »eine moderne Einrichtung von Fachexperten und Experten für Öffentlichkeitsarbeit sowie Verlagsfragen« werden, und zwar »für im In- und Ausland unterschätzte Wissenschaftsgebiete, die für das richtige Verständnis von Geschichte und gesellschaftlichen Phänomenen so wichtig sind«.

Direktor des Instituts wurde der Jurist Bogumił Szmulik, ein Professor der katholischen Kardinal-Wyszyński-Hochschule, der schon lange zum *PiS*-Umfeld gehört und für die Regierung Gutachten schrieb (im August 2022 stand er allerdings nicht mehr auf der Instituts-Homepage). Auch die Mehrzahl des Institutsbeirats besteht aus regierungsnahen Personen. Wie das regierungskritische Internetportal *oko.press* Ende

2021 recherchierte, hatte das Institut bis dahin zwei Luxus-Dienstwagen angeschafft, war in ein repräsentatives Gebäude eingezogen und wollte für 170.000 Złoty 1000 Seidenschals und 1000 Seidentücher, 1000 Regenschirme, Ledergeldbörsen (149.000 Złoty), vegane Weihnachtskerzen und andere Dinge als Werbegeschenke bestellen. Aber abgesehen von Werbegeschenken gab es auch inhaltliche Akzente, etwa ein Joseph Conrad Fellowship, in dessen Rahmen »die wichtigsten polnischen und ausländischen Vertreter aus der Welt der Kultur und der Wissenschaft« eingeladen werden, um künstlerische und wissenschaftliche Projekte durchzuführen. Unter den Gästen des Programms finden sich Vertreter unterschiedlicher politischer Milieus, womit die Ankündigung des Direktors, »lagerübergreifend tätig zu werden«, zumindest teilweise eingelöst wurde. Neben Workshops zu Fragen der Gesetzgebung und zu europäischen Problemen fanden mehrere Konferenzen statt, die ebenso wie die für 2022 geplanten zum Teil auf patriotische Jahrestage eingehen (etwa zum Dritten Oberschlesischen Aufstand oder zum 180. Geburtstag der Dichterin Maria Konopnicka). Eine dreitägige Konferenz im Warschauer Königsschloss widmete sich aus Anlass des 250. Jahrestags der Ersten Teilung Polens der Frage »Wozu brauchen wir die Unabhängigkeit?«. Direktor Szmulik gab auch gleich die Antwort – sie sei nötig, um »die nationale Identität zu wahren« und »die Souveränität nicht zu verlieren«.

Als besonders wichtig erachtete das Institut den raschen Aufbau eines eigenen wissenschaftlichen Verlags, obgleich es in Polen zahlreiche kommerzielle und nicht-kommerzielle Wissenschaftsverlage gibt. Er wurde sofort vom Wissenschaftsministerium in die Spitzengruppe jener Verlage aufgenommen, bei denen Veröffentlichungen viele Punkte erhalten, die in Polen als Ausweis für wissenschaftliche Exzellenz gelten. Dieser Verlag hat bislang neun Bücher zu sehr unterschiedlichen Themen und ein Zeitschriftenheft herausgegeben; für 2022 waren laut Aussage des Institutsleiters 70 weitere Titel in Vorbereitung – darunter viele zu rechtshistorischen Fragen. Das Institut wird außerdem Preise in fünf Kategorien verleihen.

Neue Förderorganisationen

Die *PiS*-Regierung hatte ihre Amtszeit mit zahlreichen Thesen begonnen, von denen eine lautete, dass die meisten wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen von Vertretern des liberalen und linken »Establishments« dominiert würden. Eines der Hauptziele der *PiS* und ihrer Verbündeten war es deshalb seitdem, bestehende Institutionen mit Parteigängern zu besetzen oder, wenn dies aufgrund der Trägerstruktur nicht gelang, Parallelorganisationen zu gründen oder schließlich völlig neue institutionelle Lösungen zu entwickeln.

Eine Erkenntnis der *PiS* war, dass die Art der zur Verfügung stehenden Förderinstrumente für kulturelle und wissenschaftliche Vorhaben nicht ausreichte oder aber sie an strenge Vergabekriterien gebunden waren. Deshalb gründete sie bereits 2016 die **Polnische Nationalstiftung** (*Polska Fundacja Narodowa*), die von 17 Unternehmen im Staatsbesitz mit Mitteln ausgestattet wurde. 2021 schüttete die Stiftung mehr als 43 Mio. Zloty für 25 Projekte aus (2020: 66 Mio., 2019: 115 Mio.), die größtenteils keinen wissenschaftlichen Fokus hatten, sondern der Werbung für Polen im weitesten Sinne und der Unterstützung einzelner Sparten des öffentlichen Lebens diente. So gingen mehr als 8 Mio. Zloty an ein Schulungsprogramm für künftige polnische Hochseesegler, um durch die Beteiligung Polens an Hochseeregatten Werbung für Polen zu machen. Offensichtlich hat die Stiftung auch die Vorbereitung des von der polnischen Regierung am 1. September 2022 vorgelegten Gutachtens zu Reparationsforderungen gegenüber Deutschland massiv unterstützt. Die Stiftung steht aufgrund ihrer unklaren Vergabepaxis und der deutlich weltanschaulichen Förderpräferenzen seit Jahren in der Kritik.

Die Gründung eines Instituts, das die Politik der Regierung gegenüber den NGOs koordinieren sollte, war bereits Bestandteil des *PiS*-Wahlprogramms 2015. 2017 wurde das **Nationale Institut der Freiheit – Zentrum für die Entwicklung der Zivilgesellschaft** (*Narodowy Instytut Wolności – Centrum Rozwoju Społeczeństwa Obywatelskiego*) gegründet, mit dem Ziel, vereinfachte Antrags- und Fördermöglichkeiten für nichtstaatliche Akteure zu schaffen. Die Opposition vermutete auch hier den Versuch der Regierung, ihr weltanschaulich nicht genehme Initiativen auszubremsen und dafür regierungsnahe, katholische oder nationale Initiativen zu bevorzugen. Nicht alle Befürchtungen haben sich bewahrheitet, wohl aber hat sich in den vergangenen Jahren deutlich gezeigt, dass das dem Kulturministerium unterstellte Zentrum regierungskritische oder weltanschaulich linke bzw. liberale Anträge benachteiligt. *PiS*-nahe Initiativen werden selbst dann gefördert, wenn sie keine nachweisbare Aktivität vorweisen können. Auch Anträge aus dem ultrakatholischen Milieu der Organisation »*Ordo Iuris*« werden bevorzugt. Die Vergabetendenzen sind eindeutig. In einem Förderpaket für 2022 wurden zum Beispiel rund 80 Mio. Zloty an 389 NGOs vergeben, wobei jedoch nach der eigentlichen Beurteilung die Wertung für 19 Projekte nachträglich verschlechtert und für 19 andere verbessert wurde – zum Teil für solche, die nachweislich aus dem *PiS*-Umfeld stammten. In der Förderschene »Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen« wurden im Mai 2022 27 Anträge mit einer Fördersumme von 3,2 Mio. Zloty bewilligt, von denen die meisten aus dem *PiS*-Umfeld oder von

nationalkonservativen und katholischen Organisationen stammten.

Institutionen mit bilateraler Wirkung

Gleich nach der Übernahme der Amtsgeschäfte schickte sich die *PiS*-Regierung an, die Landschaft der Institutionen mit bilateralem Auftrag umzugestalten. Einer der ersten »Nutznießer« war Ende 2015 das traditionsreiche, seit 1944 bestehende **West-Institut** (*Instytut Zachodni*) in Posen (Poznań), das jahrelang dem Außenministerium bzw. dem Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen unterstand und unter einer prekären Finanzierung litt. Nun wurde es direkt der Kanzlei des Ministerpräsidenten unterstellt und erhielt neben einer besseren Mittelausstattung (Haushalt 2022: 4,2 Mio. Zloty) auch einen deutlich politischeren Auftrag. Dies zeigte sich u. a. an der Besetzung der Leitung und Gremien: Direktorin wurde 2017 die langjährige Mitarbeiterin des *PiS*-Politikers und Bremer Professors Zdzisław Krasnodębski, die Wirtschaftswissenschaftlerin Justyna Schulz. In den Beirat des um die wissenschaftliche Beschäftigung mit Deutschland und den deutsch-polnischen Beziehungen verdienten Hauses traten ebenfalls *PiS*-nahe Persönlichkeiten ein, neben Krasnodębski etwa der für seine extremen Positionen bekannte Historiker Bogdan Musiał. Das West-Institut befasst sich mittlerweile mit viel mehr als nur den deutsch-polnischen Beziehungen, kulturellen Überlagerungen und Fragen der Westintegration Polens, so zum Beispiel mit zivilisationskritischer, nationalkonservativer Geschichtsphilosophie.

Eine Leerstelle in der institutionellen Landschaft wurde durch die Gründung eines für bilaterale Beziehungen zuständigen Instituts geschlossen: Auf persönliche Initiative von *PiS*-Chef Jarosław Kaczyński und Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán entstand 2018 das **Wacław Felczak-Institut für Polnisch-Ungarische Zusammenarbeit** (*Instytut Współpracy Polsko-Węgierskiej im. Wacława Felczaka*). Das Institut bemüht sich darum, die Person des Namensgebers mit Ausstellungen und Publikationen bekannter zu machen. Felczak war ein für die bilateralen Beziehungen verdienter Historiker und antikommunistischer Aktivist, der Ende der 1980er Jahre Viktor Orbán dazu bewegt haben soll, sich politisch zu engagieren. Das Institut versucht seit seiner Gründung, die Werte eines konservativen Europas hervorzuheben, die sich die Regierungen Ungarns und Polens auf die Fahnen geschrieben haben. Es organisiert eine jährliche polnisch-ungarische Sommerschule unter Beteiligung von Politprominenz aus beiden Ländern; ihre Teilnehmer sind offensichtlich, wie das Portal »*Visegrád Post*« mit Genugtuung berichtete, größtenteils Studierende katholischer Hochschulen aus Polen und Ungarn sowie Vertreter von Pro-Life-Organisatio-

nen. Das Institut vergibt auch Stipendien, setzt sich für Ungarisch-Sprachkurse ein und unterstützt Buchveröffentlichungen – etwa »Polen und Ungarn für die Verteidigung Europas«. Außerdem verleiht es einen Preis mit dem Namen »Wächter der Werte – Custos Virtutum«, dessen erster Preisträger 2019 der für seine besonders konservativen Ansichten bekannte Erzbischof Marek Jędraszewski war – die Preiszeremonie fand in Anwesenheit von Ministerpräsident Morawiecki, Kulturminister Piotr Gliński, Justizminister Zbigniew Ziobro und Sejm-Vizepräsident Ryszard Terlecki statt, was die symbolische Bedeutung des Instituts unterstrich. Die Website des mit etwa 6 Mio. Zloty Jahresbudget ausgestatteten Instituts verrät wenig weitere Aktivitäten, dem Facebook-Auftritt und der Website zufolge war es im August 2022 an einem »Familien-Kavallerie-Picknick« beteiligt, ansonsten werden im digitalen Raum vor allem Ereignisse aus Gegenwart und Geschichte Ungarns und der bilateralen Beziehungen sowie Auftritte des Direktors in regierungsnahen Medien präsentiert, was seit dem Beginn von Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine angesichts von Ungarns Sympathien für Putin gewisse Herausforderungen mit sich bringt.

Zwei weitere Instituts-Neugründungen beschäftigen sich insbesondere mit einzelnen Aspekten der deutsch-polnischen Nachbarschaft. Im Herbst 2021 wurde das **Jan Karski-Institut für Kriegsverluste** (*Institut Strat Wojennych im. Jana Karskiego*) gegründet, dessen Ziel es ist, »wissenschaftliche Forschungen anzustoßen und durchzuführen, die eine vielschichtige Feststellung und Beschreibung der Folgen des Zweiten Weltkriegs für die Republik Polen, aber auch für Ostmitteleuropa beabsichtigen«. Mit einem vorgesehenen Jahresetat von ca. 15 bis 20 Mio. Zloty soll das nach einem legendären Kurier der Heimatarmee (*Armia Krajowa*) benannte Institut die Arbeiten der vom PiS-Abgeordneten Arkadiusz Mularczyk seit 2017 geleiteten Sejm-Kommission zur »Schätzung der Höhe der Polen von Deutschland für die während des Zweiten Weltkriegs verursachten Schäden zustehenden Entschädigungen« fortsetzen. Nach Expertenkommentaren ging es mit der Gründung darum, die fortwährende Verschiebung der Veröffentlichung des von der Parlamentskommission vorbereiteten Berichts mit neuen Forschungen zu begründen. Denn die beständigen Drohungen der PiS-Regierung gegenüber Deutschland, immense Reparationsforderungen zu erheben, stoßen bei einem Großteil der Fachwelt auf erhebliche Skepsis. Mularczyk, der auch Vorsitzender des Institutsbeirats ist, erklärte vor wenigen Wochen: »Eine solche Forschungsinstitution hat es im heutigen Polen bislang nicht gegeben, sie ist aber höchst notwendig, denn wie wir sehen, ist die Problematik der Folgen und Konsequenzen des Zweiten Weltkriegs sowie der Kriegsverluste jahrelang ganz einfach

vernachlässigt worden, was bis heute negative Konsequenzen hat«. Wer genau Mitglied des 13-köpfigen Beirats ist, lässt sich übrigens in öffentlich zugänglichen Materialien nicht recherchieren.

Als Direktor des Instituts, das auch ein Dreivierteljahr nach seiner Gründung noch keine eigene Website besitzt, wurde der für seine radikalen, deutschlandkritischen Ansichten bekannte deutsch-polnische Historiker Bogdan Musiał ausgewählt. Er setzte sich dafür ein, den angeblich bereits weitgehend fertiggestellten Bericht noch einmal zu überarbeiten. In einem Interview mit der Tageszeitung *Gazeta Olsztyńska* sagte er vor wenigen Wochen: »Vieles wird von der Qualität des Berichts abhängen. Wenn es in ihm Fehler geben wird, wenn er schlicht und ergreifend schwach sein wird, werden wir eine Debatte über die Qualität des Berichts haben und nicht über die uns zugefügten Schäden und über die Höhe der Entschädigung. Die andere Seite wird dann gerne diskutieren wollen, aber über die Fehler im Bericht.« Er sprach sich außerdem dafür aus, zunächst alle rechtlichen Wege auszuloten, auf denen Polen seine Reparations- und Wiedergutmachungsansprüche vorbringen könnte. Zudem hatte Musiał mit dem Hinweis auf mögliche negative Auswirkungen auf das polnisch-israelische Verhältnis darauf gedrängt, die Verluste der jüdischen Staatsbürger Polens von den Verlusten aller anderen Staatsbürger zu trennen und die Zahlen des Berichts neu zu überprüfen. Offensichtlich passte dies Mularczyk nicht, weil er und Parteichef Kaczyński die Veröffentlichung eines Teils des Berichts bereits für den 1. September 2022 angekündigt hatten – und so verlor Musiał seinen Job Mitte August auch schon wieder. Zum neuen Direktor des Instituts wurde der Lodzer Wirtschaftswissenschaftler Mirosław Kłusek ernannt, der unter anderem zu den polnischen Kriegsverlusten forscht und – anders als Musiał – erhebliche Teile des am 1. September tatsächlich veröffentlichten Berichts verfasst hat.

Ein weiteres Institut, das direkt aus der deutsch-polnischen Nachbarschaft heraus entstand, ist das **HI. Maximilian Kolbe-Institut zur Entwicklung der Polnischen Sprache** (*Institut Rozwoju Języka Polskiego im. Świętego Maksymiliana Marii Kolbego*). Das im Frühjahr 2022 beschlossene Institut wird allerdings kaum dazu geeignet sein, die deutsch-polnischen Beziehungen zu verbessern, denn ein Teil seiner Mittel (2022: 15 Mio. Zloty, ab 2023 sind jeweils 92 Mio. Zloty vorgesehen) stammt aus den Geldern, die eigentlich für Deutschunterricht in den Regionen vorgesehen waren, in denen die deutsche Minderheit in Polen lebt. Da eine These der PiS-Regierung lautet, Deutschland komme seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den in Deutschland lebenden Polen nicht nach, soll nun offensichtlich auf Kosten der in Polen lebenden Deutschen

der private Polnisch-Unterricht in Deutschland finanziell unterstützt werden, der zu einem erheblichen Teil im Umfeld polnischer katholischer Kirchen erteilt wird (dazu passt auch der Namenspatron des Instituts, ein deutschstämmiger Franziskaner, der sich während des Zweiten Weltkriegs als KZ-Häftling für einen polnischen Familienvater aufopferte, aufgrund seiner jüdenfeindlichen Äußerungen allerdings nicht unumstritten ist). Die Ambitionen des Ministeriums gehen jedoch noch weit darüber hinaus: Im soeben veröffentlichten Gesetzesentwurf (siehe Dokumentation auf S. 11f.) ist davon die Rede, neben dem Schwerpunkt Deutschland auch alle anderen im Ausland lebenden Polen zum Tätigkeitsgebiet des Instituts zu machen, um »die polnische Tradition und den Wert der polnischen Sprache zu kultivieren«, um »bei der Polonia und den Polen im Ausland für die polnische Kultur zu werben« und »die nationale Identität zu wahren«. Dazu sollen polnische Botschaften und Konsulate weltweit genutzt werden. Zwischen 2015 und 2020 hatte der Senat der Republik Polen die finanzielle Unterstützung für die Polonia weltweit koordiniert, seitdem werden die Mittel von verschiedenen Ministerien vergeben – wie es hieß, vor allem deshalb, weil im Senat seit den Wahlen 2019 die Opposition die Mehrheit besitzt. Wie das Institut personell besetzt wird und welche Förderpolitik es beschreiben wird, bleibt abzuwarten. Die Kürzung der Mittel für den muttersprachlichen Deutschunterricht für die deutsche Minderheit in Polen ist jedenfalls von Seiten der deutschen Politik heftig kritisiert worden.

Mit Polens Nachbarschaften im östlichen Europa beschäftigt sich das 2018 ins Leben gerufene **Mitteleuropa-Institut** (*Institut Europy Środkowej*) in Lublin, das – auch wenn es sich stärker Gegenwartsfragen zuwendet – im Grunde das dort zuvor bestehende, stark historisch ausgerichtete Ostmitteleuropa-Institut fortführt. Diese vom Außenministerium geförderte Einrichtung war von dem renommierten Historiker Jerzy Kłoczowski gegründet worden. Seit ihrer Umwandlung untersteht sie der Kanzlei des Ministerpräsidenten (was wie beim West-Institut eine bessere finanzielle Absicherung, aber auch politische Erwartungshaltungen bedeutet). Seine Aufgaben definiert das Institut folgendermaßen: »Die Mission des Mitteleuropainstituts ist es, die Außenpolitik der Republik Polen inhaltlich zu unterstützen, indem es qualitativ hochwertige wissenschaftliche und analytische Tätigkeiten unternimmt sowie polnischen Interessenten sachkundiges Wissen über gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Prozesse vermittelt, die in Mitteleuropa und seiner Nachbarschaft vor sich gehen und die den Ort und die Rolle Polens in diesen Prozessen betreffen.« Damit besitzt es ähnliche Aufgaben wie das Zentrum für Oststudien (*Ośrodek Studiów Wschodnich – OSW*) in Warschau, das ebenfalls

der Kanzlei des Ministerpräsidenten untersteht – eine verblüffende Doppelung der Aufgaben. Der Jahresetat für 2022 ist mit 3,9 Mio. Zloty angesetzt.

Institutionen der Geschichtspolitik

Über das 2016/17 gegründete Pilecki-Institut, mit vollständigem Namen **Witold Pilecki-Institut für Solidarität und Tapferkeit** (*Institut Solidarności i Męstwa im. Witolda Pileckiego*), ist auch in Deutschland bereits viel berichtet worden. Das Institut ist finanziell üppig ausgestattet – der Jahresetat 2022 wuchs auf rund 45 Mio. Zloty, außerdem erhielt es 2021 155 Mio. Zloty für Investitionen in den kommenden Jahren; schon 2020 belief sich alleine der Etat der Filiale Berlin auf 8 Mio. Zloty. Es untersteht dem Kulturministerium; die damalige stellvertretende Kulturministerin Magdalena Gawin, auf deren Initiative hin das Institut ursprünglich als Forschungszentrum gegründet worden war, wurde 2022 Direktorin. Dem Gesetz über das Institut zufolge soll das Pilecki-Institut »lebende, verstorbene oder ermordete Personen ehren und in Erinnerung rufen, die sich sowohl im Inland wie auch im Ausland darum verdient gemacht haben, die Erinnerung an polnische Staatsbürger oder Polen mit anderer Staatsangehörigkeit zu pflegen oder ihnen Hilfe zu leisten, die Opfer sowjetischer Verbrechen, nationalsozialistischer deutscher Verbrechen, von Verbrechen aus nationalistischen Motiven oder Opfer anderer Verbrechen waren, die ein Verbrechen gegen den Frieden, die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen waren, und zwar zwischen dem 8. November 1917 und dem 31. Juli 1990«. Außerdem sollen historische Forschung betrieben, Zeitzeugenberichte gesammelt und Wissen popularisiert werden. Letztlich konzentrierte sich die Arbeit zunächst darauf, Wissen über polnische, vornehmlich nicht-jüdische Opfer zu sammeln, auch über Personen, die während des Kriegs Juden geholfen haben und deshalb von den Deutschen umgebracht wurden. Dadurch soll das Institut – wie Magdalena Gawin bereits 2016 in einem Interview sagte – der Diffamierung von Polen entgegenwirken. Das auch als »polnisches Yad Vashem« bezeichnete Institut hat in den letzten Jahren nicht nur in Polen eine intensive Tätigkeit entfaltet, sondern seit 2019 auch in seiner direkt am Brandenburger Tor gelegenen, repräsentativen Filiale, die es mit einem vielfältigen Programm geschafft hat, von der deutschen intellektuellen Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Vize-Kulturminister Jarosław Sellin lässt an der Aufgabe dieser Filiale keinen Zweifel: Sie »kämpft auf dem Gebiet Deutschlands um die polnische Gedenkpoltik, die polnische Geschichtspolitik«.

Das Pilecki-Institut hat für das aus dem 19. Jahrhundert stammende gefährdete Polen-Museum im schweizerischen Rapperswil, dessen bisheriger Sitz im dortigen Schloss gekündigt worden ist, kürzlich ein neues

Gebäude gekauft – für angeblich 120 Mio. Zloty – und möchte auch in New York und Tel Aviv Filialen gründen; in der polnischen Kleinstadt Augustów hat es bereits ein historisches Gebäude erworben, um hier eine Ausstellung für den kommunistischen Terror gegen antikomunistische Widerstandskämpfer zu eröffnen.

Bei Beratungen im polnischen Parlament 2021 wurde angemahnt, dass eigentlich auch das bestehende Netz an polnischen Kulturinstituten im Ausland für »historische Diplomatie« verwendet werden könne, allerdings fand ein großer Teil der Opposition die Arbeit des Pilecki-Instituts unterstützenswert und vorbildlich und stimmte für die Ausweitung der Aufgaben. Neben seiner geschichtspolitischen Arbeit im In- und Ausland besitzt das Institut eine Abteilung für Totalitarismus-Forschung sowie ein Archiv – ähnliche Funktionen besitzen auch das Institut für Nationales Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej – IPN*) sowie weitere Einrichtungen. Im Frühjahr 2022 gründete es ein nach dem Juristen Rafał Lemkin – der 1943 den Begriff »Genozid« geprägt hatte – benanntes Dokumentationszentrum für russische Kriegsverbrechen in der Ukraine. Mit Schritten wie diesen erregt das Pilecki-Institut immer wieder öffentliche Aufmerksamkeit, wobei offen bleibt, wie nachhaltig und vor allem wie sehr mit den entsprechenden ukrainischen Stellen abgestimmt diese Initiative ist.

Polnische Kritiker werfen dem Institut nicht nur vor, unreflektiert polnische Helden kreieren und jüdische Kriegserfahrungen relativieren zu wollen, sondern sie bemängeln auch, dass zahlreiche traditionsreiche wissenschaftliche Einrichtungen in Polen unterfinanziert seien, während das Pilecki-Institut nur so im Geld schwimme, aber keine transparenten Prozeduren bei der Vergabe von Fördergeldern besitze.

Einen wahren Privatkrieg führen der in Kanada lehrende polnische Holocaustforscher Jan Grabowski und das Pilecki-Institut. Grabowski wirft dem Institut fehlende Wissenschaftlichkeit und politische Auftragsarbeit vor (etwa indem es an vielen Orten Polens Denkmäler für polnische Judenretter aufstelle), aus dem Umfeld des Instituts heißt es, Grabowski schade dem polnischen Ansehen in der Welt. Bezeichnend für den Kampf der PiS-nahen Kreise gegen Grabowski oder auch das von Barbara Engelking geleitete Zentrum für Holocaust-Forschung an der Polnischen Akademie der Wissenschaften, mit dem Grabowski eng zusammenarbeitet, sind E-Mails des rechten Publizisten Bronisław Wildstein an Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, die im Zuge einer seit Monaten tröpfchenweise erfolgenden Veröffentlichung vertraulicher Mail-Korrespondenzen aus dem Umfeld Morawieckis bekannt geworden sind. Wildstein schrieb 2018 an seinen Duz-Freund Morawiecki: »Das grundlegende Problem, das wir in den Beziehungen zu den

Juden haben, beruht darauf, dass unsere Feinde die Kontakte mit ihnen monopolisieren. [...] Das Zentrum für Holocaust-Forschung präsentiert einen geradezu obsessiven Hass auf die Polen. Jan Grabowski, der nach links und rechts erklärt, die Polen hätten ca. 200000 Juden ausgeliefert oder ermordet, behauptet, dass man sich mit der Frage der Hilfe für Juden von Seiten der Polen erst nach der Erforschung unserer Verbrechen befassen kann [...]. Barbara Engelking ist ähnlich, wie auch ihre gesamte Mannschaft. [...] Das Jüdische Historische Institut, das Polin-Museum [für die Geschichte der polnischen Juden] sind nicht viel besser ... Man müsste ihren Status analysieren und die Möglichkeit, langsam andere Leute dort hineinzubringen.«

Während das im Polin-Museum aufgrund der Trägerstruktur nicht so einfach möglich war (allerdings wurde die Weiterbeschäftigung des bisherigen Direktors Dariusz Stola verhindert), ist das Jüdische Historische Institut (*Żydowski Instytut Historyczny*) mittlerweile tatsächlich mit neuem Personal versehen worden. Quasi als PiS-Gegengründung zum Polin-Museum wird derzeit übrigens das Museum für das Warschauer Ghetto (*Muzeum Getta Warszawskiego*) konzipiert (vgl. auch Polen-Analysen 259).

Die PiS-Regierung hat einige weitere Institute gegründet, die sich vorrangig mit historischen Themen beschäftigen. Im Falle des **Instituts für das Solidarność-Erbe** (*Instytut Dziedzictwa Solidarności*) in Danzig (Gdańsk) handelt es sich um eine Gegengründung zum Europäischen Solidarność-Zentrum (*Europejskie Centrum Solidarności – ECS*): Dieses besitzt, ähnlich wie das Polin-Museum, verschiedene Träger – neben dem Kulturministerium etwa die Stadt Danzig –, weshalb es von der Regierung trotz mancher Versuche nicht »übernommen« werden konnte und ein Freiraum für kreatives und kritisches Denken geblieben ist. Und so gründete das Kulturministerium gemeinsam mit der (regierungsfreundlichen) Gewerkschaft *Solidarność 2019* das neue Institut, das auch schon über einen Ausstellungsort verfügt – den historischen *BHP*-Saal, in dem 1980 die Vereinbarung zwischen den streikenden Arbeitern und der kommunistischen Regierung unterzeichnet wurde. Die Aufgabengebiete des Instituts ähneln denen, die das *ECS* ohnehin schon übernimmt, nämlich die Geschichte der *Solidarność* in gesellschaftlichen und politischen Kontexten der Zeit. Im Beirat sitzen prominente Vertreter aus regierungsnahen Kreisen, darunter viele, die dem Wirken der *Solidarność*-Legende Lech Wałęsa kritisch gegenüberstehen. Die Aktivitäten sind bislang eher bescheiden – es wurden einige Ausstellungen vorbereitet, darunter zu Lech Kaczyński, einst Oppositioneller und später Staatspräsident (2005–2010), zum Ministerpräsidenten-Vater Kornel Morawiecki, Aktivist in der antikomunistischen Opposition, und zu Pries-

tern im *Solidarność*-Umfeld; es sind einige Publikationen erschienen, zwei Podcasts sowie einige Zeitzeugen-Videos. Für den Kauf eines Institutssitzes wurden 2019 14 Mio. Zoty bereitgestellt.

Seit 2020 verfügt Polen über ein **Roman Dmowski- und Ignacy Jan Paderewski-Institut für das Erbe des Nationalen Denkens** (*Instytut Dziedzictwa Myśli Narodowej im. Romana Dmowskiego i Ignacego Jana Paderewskiego*). Ideengeber für das vom Kulturministerium getragene Institut ist der Historiker und ehemalige PiS-Senator Jan Żaryn, der auch Gründungsdirektor wurde und sich nach eigenem Bekunden die beiden Namenspatrone ausgedacht hat. Zwar waren sowohl Dmowski als auch Paderewski Gründerväter der Zweiten Polnischen Republik, doch vertraten sie sehr unterschiedliche Ideen – Dmowski einen ausgrenzenden, »modernen« Nationalismus mit antisemitischen Untertönen, Paderewski einen romantischen Patriotismus. Sie würden sich gewiss arg wundern, wenn sie wüssten, dass sie heute gemeinsam einem Institut den Namen geben.

Über finanzielle Probleme kann das Institut nicht klagen; 2021 erhielt es als Grundförderung mehr als 6 Mio. Zloty und Ende 2020 beschäftigte es bereits rund 20 Mitarbeiter. Im März 2022 eröffnete das Institut in Warschau im Beisein von Kulturminister Gliński ein Bildungszentrum. Er sagte bei dieser Gelegenheit: »Die Nation, in einem kulturellen Verständnis, und die Familie, diese grundlegenden Institutionen sind das, worauf das Fortdauern unserer Zivilisation aufbaut, auch die Berufung auf [...] das Christentum, das sehr wichtig ist, wenn wir über die Nation nachdenken.« Das Dmowski-Paderewski-Institut hat bereits zahlreiche Publikationen vorgelegt, darunter biographische Lexika zu wichtigen nationalistischen Akteuren, aber auch ein Audiobook mit einem Roman von Roman Dmowski. Zu seiner jährlichen Sommerakademie werden u. a. Geschichts- und Religionslehrer eingeladen.

Das Institut agiert zudem als Fördereinrichtung, indem es einen »Patriotischen Fonds« verwaltet, aus dem es allein 2021 Projekte für 30 Mio. Zloty unterstützte. Besonders umfangreich gefördert wurden mit diesen Mitteln zum Beispiel Vorhaben im Umfeld des Nationalisten Robert Bąkiewicz, darunter der von ihm geleitete Verein »Nationale Wache« (*Straż Narodowa*), dessen Aufgabe es unter anderem ist, katholische Kirchen vor Angriffen zu schützen. Dazu passt die Auffassung von Direktor Żaryn, dass die nationalistische, faschistoide Kleinpartei Nationalradikales Lager (*Obóz Narodowo-Radykalne – ONR*) nicht verboten werden dürfe.

2021 wurden dem Institut 27 Mio. Zloty für den Kauf eines Gebäudes bewilligt, in dem sich neben dem Sitz des Instituts auch ein »Museum für das Christlich-Nationale Erbe in Polen« befinden soll, das auch als »Roman

Dmowski-Museum der Nationalbewegung« bezeichnet wird.

Neben den dargestellten Institutionen hat die PiS zahlreiche weitere Einrichtungen gegründet oder umgeformt – etwa das Museum des Zweiten Weltkriegs (*Muzeum II Wojny Światowej*) in Danzig »übernommen« oder bereits kurz nach Regierungsantritt 2016 ein Museum für Verfeimte Soldaten und Politische Häftlinge in der Volksrepublik Polen (*Muzeum Żołnierzy Wyklętych i Więźniów Politycznych PRL*) gegründet.

Weitere Institute und Einrichtungen

Unter der PiS-Regierung wurden zahlreiche weitere Institutionen neu gegründet, darunter 2019 das **Institut für Kultur und Erbe des Dorfes** (*Instytut Kultury i Dziedzictwa Wsi*). Ziel der vom Landwirtschaftsministerium getragenen Einrichtung, deren Programmbeirat von der ehemaligen PiS-Ministerpräsidentin Beata Szydło geleitet wird, ist es u. a., »die ländliche Kultur zu fördern sowie patriotische Einstellungen bei den Einwohnern ländlicher Gebiete zu entwickeln«. Dafür verfügte es 2020 über knapp 5 Mio. Zloty. Institutsleiterin Katarzyna Saks beschreibt die Aufgaben des Instituts so: »Derzeit stützt sich die Tätigkeit des Instituts auf vier Säulen: Die Unterstützung lokaler Künstler, wissenschaftliche Forschung, Popularisierung von Volkskunst sowie Bildung. Darüber hinaus wollen wir der Zentralen Landwirtschaftlichen Bibliothek, die zum Institut gehört, ihren alten Glanz wiedergeben.« Außerdem gibt das Institut eine Zeitschrift für ländliche Kultur heraus und unterstützt die Landfrauenbewegung (*Koła Gospodyń Wiejskich*).

Ende 2021 wurde auf Verordnung von Ministerpräsident Morawiecki das **Generationen-Institut** (*Instytut Pokolenia*) gegründet. Es beschäftigt sich mit Fragen der Demographie und möchte laut Website die negativen demographischen Tendenzen in Polen stoppen. Es heißt dort weiter: »Die Mission des Generationen-Instituts ist die Sorge um unsere Zukunft. Der Mensch braucht, um emotional, sozial und kulturell heranwachsen und sich entwickeln zu können, Bindungen. Dieser Ort sollte auf natürliche Weise die weit verstandene, mehrgenerationelle Familie sein – in der mehrgenerationellen Familie finden wir einen Querschnitt durch die ganze Gesellschaft.« Institutsdirektor Michał Kot – Mathematiker, Soziologe und Manager im Telekommunikationsbereich – hat die Ziele, die ihm vorschweben, vor wenigen Jahren in einem Artikel festgehalten: »Wir müssen unseren Weg wählen, der eine Mischung ist aus starker familienfreundlicher Politik auf der Basis traditioneller Werte [...] sowie aus der Aufnahme von Migranten, Nachfahren von Polen sowie von Menschen, die uns kulturell nahe stehen.« Das mit einem Jahresbudget von ca. 10 Mio. Zloty ausgestattete

Institut nimmt gerade erst seine Arbeit auf; der Beirat konstituierte sich im Juli 2022. Ob neben dem neuen Institut auch noch ein »Polnisches Institut für Familie und Demographie« entstehen soll, über das auf *PiS*-Initiative der Sejm 2021 bereits beraten hat, ist unklar.

Das **Polnische Wirtschaftsinstitut** (*Polski Instytut Ekonomiczny – PIE*) untersteht dem Ministerpräsidenten und wurde 2018 als Thinktank gegründet. Es trat an die Stelle des zuvor bestehenden Forschungsinstituts Institut für die Erforschung von Markt, Konsum und Konjunkturen – Staatliches Forschungsinstitut (*Instytut Badań Rynku, Konsumpcji i Koniunktur – Państwowy Instytut Badawczy*). Mit einem Jahresbudget von jährlich ca. 10–13 Mio. Złoty ist es unter seinem Direktor Piotr Arak mit Analysen und Berichten zu wirtschaftlichen Fragen häufig öffentlich präsent, dient aber gleichzeitig auch als Ideenlieferant für Ministerpräsident Morawiecki. Die ohne Konsultationen beschlossene Gründung wurde seinerzeit von der Opposition kritisiert.

Das 2019 ins Leben gerufene **Institut für Wirtschafts- und Finanzexperten in Lodz** (*Instytutu Ekspertyz Ekonomicznych i Finansowych w Łodzi*) befindet sich als eine der wenigen Institutsneugründungen nicht in Warschau. Es wurde vom Justizministerium gegründet, um Gerichten und Staatsanwaltschaften mit Gutachten und Beratung zur Seite zu stehen. Außerdem ist es wissenschaftlich tätig. 2020 entstand nach Konsultationen mit zahlreichen Medienakteuren das **Landes-Medieninstitut** (*Krajowy Instytut Mediów*), das das Nutzerverhalten von Radio-, Fernseh- und Internetnutzern erforschen soll. Es untersteht dem Landesrundfunk- und Fernsehrat und ist unlängst in die Schlagzeilen geraten, weil ihm vorgeworfen wurde, einen großen Auftrag zur Meinungsforschung ohne Ausschreibung vergeben zu haben und Ergebnisse zur Mediennutzung zu präsentieren, in denen die staatlichen, regierungsfreundlichen Medien tendenziell besser abschneiden als bei den Forschungen nicht-staatlicher Institute.

Über den Autor

Prof. Dr. *Peter Oliver Loew*, Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, Honorarprofessor an der TU Darmstadt, Historiker, Autor zahlreicher Bücher zu Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen.

Fazit

Die Eingriffe in die institutionelle Kultur- und Wissenschaftslandschaft Polens durch die *PiS*-Regierung sind umfassend und werden das intellektuelle Leben des Landes auf Jahre prägen. Dabei steht die Sinnhaftigkeit einer Reihe von Einrichtungen außer Frage. Andere verdanken ihre Existenz dem Wunsch der *PiS* (und darüber hinaus nationalkonservativer Kräfte), eigene Eliten zu kreieren und zu fördern und zugleich die materielle Existenz kritischer Eliten zu erschweren. Manchmal ging es um symbolische Gegengründungen zu bestehenden Initiativen, manchmal scheint ein verdienter Parteigänger mit einem eigenen Institut belohnt worden zu sein, manchmal ging es um Konkurrenz oder Eitelkeiten bestimmter Ressorts oder politischer Akteure. Deutlich ist die weltanschauliche Ausrichtung vieler Institutsneugründungen mit Schwerpunkten auf konservativen, nationalen oder christlichen Themen.

Die Summe der finanziellen Verpflichtungen, die die *PiS*-Regierung mit all ihren Vorhaben eingegangen ist, ist gewaltig und engt den Spielraum künftiger Regierungen ein. Allerdings dürfte das Fortbestehen einiger Institute nach einem möglichen Regierungswechsel in Frage stehen. Eine besondere Herausforderung wird darin bestehen, das von der *PiS*-Regierung auch innerhalb der institutionellen Landschaft zu bis dato unbekanntem Extremem gebrachte polarisierte Denken aufzulösen. Angesichts der Tatsache, dass nicht nur im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich, sondern überall öffentliche Einrichtungen, Staatsunternehmen oder Verwaltungseinheiten von der *PiS*-Regierung »auf Linie« gebracht worden und teils unübersichtliche Strukturen entstanden sind, wären hier umfassende, strategische Planungen notwendig. Eine Maßnahme könnte allerdings relativ zügig erfolgen – die Entmaskulierung der Institutionen: Ohne Ausnahme erhielten alle der beschriebenen Einrichtungen, wenn sie einen Namensgeber haben, männliche Patrone.

Gesetzesentwurf über das Hl. Maximilian Kolbe-Institut zur Entwicklung der Polnischen Sprache*

1. September 2022

[...]

Begründung

Der Gesetzesentwurf sieht die Gründung des Hl.-Maximilian-Kolbe Instituts zur Entwicklung der Polnischen Sprache mit Sitz in Warschau vor und bestimmt Ziel und Aufgaben des Instituts sowie seine Arbeits- und Funktionsweise.

Das Ziel der Tätigkeiten des Instituts wird sein, die Entwicklung der polnischen Sprache im Ausland zu unterstützen. Vor dem Hintergrund der ausdifferenzierten Aktivitäten des Instituts, das sich an Personen richtet, die in der ganzen Welt leben, sowie mit dem Ziel, die Aktivitäten des polnischen Staates in diesem Bereich zu optimieren, wird vorgeschlagen, ein eigenes Institut zu gründen mit dem Status einer staatlichen juristischen Person, das die gesetzlich festgelegten Aufgaben umsetzt.

Schätzungen zufolge leben außerhalb des Gebietes der Republik Polen 18 bis 20 Millionen Polen und Personen polnischer Herkunft. Ein Drittel dieser Gruppe sind Polen, die in Polen geboren wurden und dort aufwuchsen, der übrige Teil sind Personen polnischer Herkunft mit unterschiedlich starken Bindungen an das Polentum. Was die Anzahl im Verhältnis zur Bevölkerung im Herkunftsland betrifft, belegen die Polonia und die Polen im Ausland weltweit den sechsten Platz. Besondere Aufmerksamkeit gebührt aufgrund ihrer Anzahl den polnischen Staatsbürgern, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, das sind 866.690 Personen (Angaben des Statistischen Bundesamtes 2020). Die Statistik berücksichtigt dabei nicht die Personen mit doppelter, der polnischen und der deutschen, Staatsbürgerschaft und auch nicht Personen mit polnischen Wurzeln, die ausschließlich die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Weiter gefasst, ist von ca. zwei Millionen Personen mit polnischem Migrationshintergrund in der Bundesrepublik Deutschland auszugehen.

Gleichzeitig gilt es zu unterstreichen, dass es richtig ist, die polnische Sprache als Fremdsprache in der Personengruppe derer, die keine polnische Herkunft haben, zu verbreiten sowie dass es richtig ist, dass der polnische Staat eine Rolle bei der Realisierung dieser Tätigkeiten übernimmt. Polnischkenntnisse in dieser Personengruppe begünstigen nicht nur den unmittelbaren Kontakt mit der polnischen Kultur und Tradition im weiten Sinne – und, was damit einhergeht, die Werbung für Polen –, sondern dienen auch der Realisierung von bestimmten Vorhaben, z. B. geschäftlichen, die zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes beitragen. Das Interesse am Polnischunterricht als Fremdsprachenunterricht spiegelt u. a. die Zahl der ausländischen Hochschulen wider, die jährlich ihr Interesse melden, über die Nationale Agentur für Akademischen Austausch (*Narodowa Agencja Wymiany Akademickiej – NAWA*) Lektoren für die polnische Sprache als Fremdsprache für die Tätigkeit an der betreffenden Hochschule zugewiesen zu bekommen. Die jährliche Zahl dieser Hochschulen beträgt schätzungsweise mehr als 50.

Eine so große Personengruppe zu unterstützen, macht es erforderlich, ein Institut zu gründen, dessen Ziel die Koordination und Stärkung der bisherigen Aktivitäten im Bereich der Kultivierung der polnischen Tradition und des Wertes der polnischen Sprache sowie der Förderung der polnischen Sprache als Muttersprache in der Polonia und unter den Polen im Ausland, aber auch der polnischen Sprache als Fremdsprache unter den Personen, die keine polnischen Staatsbürger sind und keine polnischen Wurzeln haben, sein wird.

Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft übernimmt in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium, das die Politik gegenüber der Polonia und den Polen im Ausland verantwortet, Aufgaben zugunsten der Polonia und der Polen im Ausland. Diese Aufgaben umfassen vor allem Aktivitäten, die dazu dienen, die polnische Tradition und den Wert der polnischen Sprache als Muttersprache zu kultivieren sowie Bindungen an Polen aufzubauen, aufrechtzuerhalten und zu entwickeln, mit dem Ziel, das intellektuelle, kulturelle, wirtschaftliche und politische Potential der Polonia und der Polen im Ausland im Interesse der Republik Polen zu aktivieren, sowie eine polnische Community zu schaffen und zu stärken, die die polnischen Angelegenheiten unterstützt. Die Aktivitäten, die das Ministerium für Bildung und Wissenschaft mit Blick auf die Polonia und die Polen im Ausland realisiert, haben zum Ziel, insbesondere das Gefühl der nationalen Identität zu prägen und aufrechtzuerhalten mittels Lehre der polnischen Sprache und in der polnischen Sprache.

[...]

Vorgeschlagen wird, dass der Aufgabenbereich des Instituts Folgendes umfasst:

- 1) Unterstützung der Kultivierung der polnischen Tradition und des Wertes der polnischen Sprache als Muttersprache sowie der Förderung der polnischen Sprache als Muttersprache in der Polonia und unter den im Ausland lebenden Polen;
 - 2) Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Polonia und den im Ausland lebenden Polen mit den in der Republik Polen tätigen Institutionen, insbesondere im Bereich der Bildung und Wissenschaft;
 - 3) Unterstützung von Bildungs- und Wissenschaftsinitiativen und -projekten, die zum Ziel haben, die Kenntnisse der polnischen Sprache zu vertiefen;
 - 4) Verbreitung der polnischen Sprache als Fremdsprache.
- [..]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

* Instytut Rozwoju Języka Polskiego im. Świętego Maksymiliana Marii Kolbego

Quelle: [https://orka.sejm.gov.pl/Druki9ka.nsf/Projekty/9-020-1004-2022/\\$file/9-020-1004-2022.pdf?TSPD_101_R0=08a02c1a15ab200036dc51f604a4ed5e31468f2bf1ea1d88a8908f4283667491910dd8787d0016790852e9659414300035f9780f1290d40a06b53feec144b0bab2513aa91c1048af2d63176a93bb4d04522758365cf2db6c8dabb1a6c5a3481e](https://orka.sejm.gov.pl/Druki9ka.nsf/Projekty/9-020-1004-2022/$file/9-020-1004-2022.pdf?TSPD_101_R0=08a02c1a15ab200036dc51f604a4ed5e31468f2bf1ea1d88a8908f4283667491910dd8787d0016790852e9659414300035f9780f1290d40a06b53feec144b0bab2513aa91c1048af2d63176a93bb4d04522758365cf2db6c8dabb1a6c5a3481e) (abgerufen am 05.09.2022).

Ministerpräsident Mateusz Morawiecki über das Łukasiewicz-Forschungsnetzwerk*

Grußwort aus Anlass des Kongresses »Innovatorium Łukasiewicza« in Posen (Poznań) am 9. Juni 2022

Innovationen sind der Sauerstoff für Entwicklung – diese Worte sind heute so wahr wie zu von Ignacy Łukasiewicz' Zeiten. Dieser herausragende Entdecker und Erfinder, Pionier der Erdölindustrie, einer der hervorragenden Vertreter der polnischen und weltweiten Wissenschaft ist heute immer noch ein nicht geborgener Schatz. Daher freue ich mich sehr, dass er der Namensgeber für das Forschungsnetzwerk ist, das seinen dritten Geburtstag begeht.

Das Łukasiewicz-Forschungsnetzwerk ist der Vorbote von Veränderungen in der polnischen Wirtschaft, die eintreten müssen, wenn wir uns auf dem globalen Feld der Entwicklung halten wollen. Das Potential der Wissenschaft bei Unternehmensvorhaben auszunutzen, ist keine Exzentrik, sondern bereits die Norm in fast jeder Branche.

Die Welt, die Wirtschaft und die Gesellschaft verändern sich vor unseren Augen. Der reichste Mann der Welt verkündet das Datum der Marslandung und jenseits unserer Grenze herrscht Krieg. Ist das Schicksal, aus dem uns zu lösen wir nicht in der Lage sein werden? Die Antwort lautet: Wenn wir die Entwicklungsbarrieren, denen wir uns stellen, nicht durchbrechen, wird das Schicksal immer wieder zu uns zurückkehren.

Die Stärke unserer Wirtschaft, deren Maßstab heute Innovativität ist, ist die notwendige Bedingung, um eine stabile, sichere Zukunft zu bauen. Wir haben Tausende talentierte Wissenschaftler, wir unterscheiden uns hier von keiner anderen Nation. Mehr noch, die Geschichte selbst hat uns das Innovationsgen eingepägt, aber Talent ohne entsprechende Arbeit und Investition bedeutet nichts.

Vor uns liegt der schwierige Weg von einer Wirtschaft, die sich auf billige Arbeit stützt, zu einer Wirtschaft, die auf Wissen gründet. Das Łukasiewicz-Forschungsnetzwerk bahnt den Weg auf diesem anspruchsvollen Gebiet und gibt Polen die Chance zur Entwicklung, aber vor allem auch den talentierten Wissenschaftlern und Unternehmern, die mit ihren Träumen nach den Sternen greifen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

* Sieć Badawcza Łukasiewicza

Quelle: <https://naukawpolsce.pl/aktualnosci/news%2C92646%2Cpremier-siec-badawcza-lukasiewicz-zwiastun-zmian-w-polskiej-gospodarce-jakie> (abgerufen am 30.08.2022).

CHRONIK

5. Juli – 5. September 2022

05.07.2022	Gesundheitsminister Adam Niedzielski teilt mit, dass nach mehr als zwei Monaten die Zahl der COVID-19-Infizierten am heutigen Tag auf mehr als 1.000 am Tag angestiegen ist. Dies stelle jedoch kein Problem für die Handlungsfähigkeit des Gesundheitssystems dar. Offiziellen Angaben zufolge wurden seit der Feststellung des ersten Corona-Infektionsfalls in Polen am 4. März 2020 6.017.601 Fälle gemeldet. An COVID-19 starben bisher 116.437 Personen.
06.07.2022	Nach aktuellen Schätzungen des Ministeriums für Familie und Sozialpolitik betrug die Arbeitslosenquote im Juni 4,9 % (819.700 Personen). Das sind 0,2 Prozentpunkte weniger als im Mai 2022. Ministerin Marlena Maląg sagt, dies sei die niedrigste Arbeitslosenquote seit mehr als 30 Jahren.
06.07.2022	Der Parlamentarische Ausschuss für den Kontakt mit den Polen im Ausland verabschiedet eine Stellungnahme, in der er die Zerstörung des Grabfeldes für die Soldaten der Heimatarmee (Armia Krajowa – AK) in Mikulichki (Belarus) als Akt staatlichen Vandalismus scharf verurteilt. Medienberichten zufolge waren die 22 Gräber mit Planierraupen dem Erdboden gleichgemacht worden. Auch das Außenministerium Polens protestierte und bestellte den Chargé d'Affaires der Botschaft der Republik Belarus in Warschau ein.
07.07.2022	Der Sejm stimmt für die Ratifizierung für die von Schweden und Finnland beantragte Mitgliedschaft in der NATO. Im Falle von Schweden stimmten alle der 442 anwesenden Parlamentarier mit »ja«, bei Finnland gab es 440 Ja-Stimmen, eine Gegenstimme und eine Enthaltung. Das Gesetz wird nun an den Senat weitergeleitet und anschließend von Präsident Andrzej Duda unterzeichnet. Der Hintergrund für die Kandidatur von Schweden und Finnland ist, dass sich die Länder infolge des russischen Krieges gegen die Ukraine von Russland bedroht fühlen. Dem Beitritt neuer Mitglieder muss jedes NATO-Mitgliedsland zustimmen.
08.07.2022	Das Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass bis Ende November 2022 mehr als 20 großformatige Wandbilder im öffentlichen Außenbereich entstehen werden, die die Geschichte der polnischen Streitkräfte veranschaulichen. Dargestellt werden historische militärische Führungspersonen und Kampfszenen sowie aktuell eingesetztes militärisches Gerät und Soldaten. Die Wandgemälde sollen an wichtigen lokalen Gebäuden, u. a. Schulen aufgebracht werden. Es werden knapp 1 Mio. Zloty bereitgestellt. Die entstehenden Wandbilder werden zwischen neun und 400 Quadratmeter groß sein.
11.07.2022	Am »Nationalen Gedenktag der Opfer des Völkermordes«, an dem der Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung in Wolhynien durch die Ukrainische Aufständische Armee (UPA) während des Zweiten Weltkrieges gedacht wird, mahnt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki zur Aufarbeitung der polnisch-ukrainischen Vergangenheit ohne Verfälschung und Lüge. Dies sei der Ausgangspunkt für Versöhnung. Angesichts des russischen Krieges gegen die Ukraine müssen sich Polen und Ukrainer bewusst sein, dass Russland an einem Konflikt zwischen ihren beiden Ländern gelegen sei, so Morawiecki.
12.07.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak trifft sich in Kiew mit seinem Amtskollegen Olexsij Resnikow und Präsident Wolodymyr Selenskij. Angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sei Polen bereit, in Polen Schulungen für ukrainische Soldaten als Minenräumer durchzuführen, sagt Błaszczak. Beide Ressortchefs unterzeichnen eine Aufforderung an die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedsländer und ihrer Partner, die Unterstützung der NATO für die Ukraine zu intensivieren.
13.07.2022	Nach neuesten Angaben von Eurostat ist die Industrieproduktion in Polen im Mai 2022 um 12,5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gewachsen. Gegenüber dem Vormonat wurde ein Rückgang um 0,4 % verzeichnet.
14.07.2022	Wirtschaftsexperten der Bank ING BSK zufolge war Russland im Mai 2022 nicht mehr der größte Energielieferant für Polen, sondern wurde von Deutschland abgelöst. Zudem kam es zu einem deutlichen Anstieg beim Import von Flüssiggas aus den USA nach Polen.
15.07.2022	Nach neuesten Angaben des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) zum polnischen Außenhandel im Zeitraum von Januar bis Mai 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg der Export Polens um 19,1 % und betrug 136,2 Mrd. Euro. Der Import wuchs um 32,8 % und belief sich auf 146,9 Mrd. Euro. Der Export nach Deutschland vergrößerte sich um 15,2 % und umfasste 38 Mrd. Euro; der Import verzeichnete einen Zuwachs um 26,7 % auf 30,5 Mrd. Euro.
18.07.2022	Der Abgeordnetenkreis von Polen 2050 (Polska 2050) beantragt bei Sejmarschallin Elżbieta Witek die Informierung des Parlaments durch Ministerpräsident Mateusz Morawiecki über die Lage der Energiesicherheit in Polen. Hintergrund ist der Krieg Russlands gegen die Ukraine, der sich zunehmend auf die Energieversorgung in Europa auswirkt.

19.07.2022	Szymon Hołownia, Parteichef von Polen 2050 (Polska 2050), schließt die Zusammenarbeit seiner Partei mit Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) kategorisch aus. Auf einer Pressekonferenz in Radom sagt er, Polen 2050 sei bereit, nach einem Wahlsieg des demokratischen politischen Flügels eine Koalition mit anderen demokratischen Gruppierungen einzugehen.
19.07.2022	Krzysztof Sobolewski, Generalsekretär von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), sagt in einem Interview mit TV Republika, Polen könne Deutschland nötigenfalls in der Energiekrise helfen, wenn Deutschland einige von Polen gesetzte »Meilensteine« erreiche. Einer der »Meilensteine« sei die Frage von Entschädigungen an Polen für infolge des Zweiten Weltkrieges erlittene Verluste.
20.07.2022	Der Senat nimmt das vom Sejm Anfang Juli verabschiedete Gesetz für die Ratifizierung der Beitrittsanträge Schwedens und Finnlands für die NATO einstimmig an. Nach der Unterzeichnung durch Präsident Andrzej Duda ist die Ratifizierung vonseiten Polens abgeschlossen.
20.07.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak bestätigt den Rahmenvertrag für die Produktion von mehreren Otto-Brzoza Jagdpanzern. Vertragspartner sind die Agentur für Aufrüstung (Agencja Uzbrojenia) und das Konsortium PGZ-OTTOKAR. Die ersten Prototypen des Panzers soll im kommenden Jahr das Panzerabwehrregiment in Suwałki (Nordostpolen) erhalten. Błaszczak stellt die Lieferung der einsatzbereiten Jagdpanzer in einem Zeitraum von drei Jahren in Aussicht. Sie sollen zur Sicherung der sog. Suwałki-Lücke eingesetzt werden.
20.07.2022	Piotr Naimski, Regierungsbeauftragter für Strategische Energieinfrastruktur und Staatssekretär in der Kanzlei des Ministerpräsidenten, gibt in den sozialen Medien seine Entlassung aus diesen Ämtern bekannt. Mündlich sei ihm mitgeteilt worden, dass er nicht kooperativ sei und alles blockiere, so Naimski. Politiker der Opposition spekulieren u. a. über Machtkämpfe im Regierungslager.
21.07.2022	Regierungssprecher Piotr Müller erklärt die Entlassung von Piotr Naimski, Regierungsbeauftragter für Strategische Energieinfrastruktur und Staatssekretär in der Kanzlei des Ministerpräsidenten, am Vortag mit Umstrukturierungen des Aufgabenbereiches. Er danke Naimski ausdrücklich für seine erfolgreiche Arbeit. Die Umstrukturierungen ergäben sich daraus, dass der Arbeitsschwerpunkt infolge der drohenden Energiekrise nun auf dem Bau von Leitungsnetzen für Energieträger sowie eines Atomkraftwerkes in Polen liegen müsse.
22.07.2022	Der Sejm verabschiedet mit 261 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und 149 Enthaltungen ein Gesetz, das eine Einmalzahlung von 3.000 Zloty für Haushalte, die mit Kohle heizen, bewilligt. Für das Jahr 2022 werden die Ausgaben auf 11,5 Mrd. Zloty begrenzt. Die Summe wird dem Fonds zur Bekämpfung der Folgen der COVID-19-Pandemie entnommen. Das Gesetz wird an den Senat weitergeleitet.
25.07.2022	Anna Moskwa, Ministerin für Klima und Umwelt, teilt mit, dass bis zum 19. Juli drei Millionen Tonnen Kohle nach Polen importiert wurden. In der vergangenen Woche seien Verträge über den Import von ca. sieben Millionen Tonnen Kohle geschlossen worden. Als Hauptherkunftsländer nennt sie Indonesien und Kolumbien. Hintergrund ist die drohende Energiekrise infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.
26.07.2022	Regierungssprecher Piotr Müller teilt mit, dass Mateusz Berger zum neuen Regierungsbeauftragten für strategische Energieinfrastruktur berufen wurde. Berger war vorher in führender Position bei der Agentur für Industrientwicklung (Agencja Rozwoju Przemysłu) tätig; einer seiner Aufgabenbereiche war die Offshore-Windenergie.
27.07.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak gibt die Unterzeichnung eines Vertrags mit Südkorea über die Lieferung von militärischem Gerät für die polnischen Streitkräfte bekannt. Polen kauft 48 Kampfhubschrauber FA-50, von denen zwölf Mitte 2023 geliefert werden sollen, 180 Panzer K2, deren Auslieferung in diesem Jahr beginnen, und ca. 800 Panzer K2PLi, deren Produktion im Jahr 2026 in Polen anfangen soll. Außerdem handelt es sich um mehr als 600 selbstfahrende Haubitzen K9, die ab diesem Jahr geliefert bzw. ab 2026 in Polen hergestellt werden sollen.
28.07.2022	Friedrich Merz, Partei- und Fraktionsvorsitzender der CDU, beendet seinen zweitägigen Besuch in Warschau, wo er von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), empfangen wurde. Thematisiert wurden der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die deutsch-polnischen Beziehungen sowie die Frage nach Weltkriegsreparationen von Deutschland an Polen. Merz zeigt Verständnis für die zuletzt geäußerte scharfe Kritik Polens, dass der mit Deutschland vereinbarte Panzer-»Ringtausch« (von Deutschland angebotener Ersatz schweren Geräts für von Polen in die Ukraine gelieferte Panzer) zu schleppend verläuft. Gegenüber den von Polen seit Jahren ins Gespräch gebrachten Reparationsforderungen vertritt Merz die Haltung der Bundesregierung, dass hierfür keine Rechtsgrundlage besteht. Weiter trifft sich Merz mit Spitzenpolitikern der Opposition sowie mit Vertretern der deutschen Minderheit in Polen.
29.07.2022	Nach vorläufigen Schätzungen des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stiegen die Preise für Waren und Dienstleistungen im Juli um 15,5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (Verbraucherpreise Nahrungsmittel +15,3 %; Verbraucherpreise Energie +36,6 %). Gemessen am Vormonat stiegen sie um 0,4 %.

31.07.2022	Arkadiusz Mularczyk, Parlamentarier von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), sagt in einem Gespräch mit der Polnischen Presseagentur (Polska Agencja Prasowa – PAP), die Zerstörungen in Polen während des Zweiten Weltkrieges beliefen sich allein in Warschau auf einen Wert in Höhe von 85,2 Mrd. US-Dollar. Mularczyk war maßgeblich an dem Bericht über materielle und immaterielle Weltkriegsschäden in Polen beteiligt, dessen öffentliche Vorstellung für den 1. September angekündigt ist.
01.08.2022	Die Fusionierung der Mineralölkonzerne PKN Orlen und Lotos wird mit der gerichtlichen Registrierung formal abgeschlossen. Für den Herbst kündigt Orlen-Vorstandsvorsitzender Daniel Obajtek den Zusammenschluss mit dem Gaskonzern PGNiG an.
01.08.2022	Am 78. Jahrestag des Beginns des Warschauer Aufstandes gegen die deutschen Besatzer sagt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bei der Kranzniederlegung am Denkmal Gefallene – Unbesiegte (Polegli – Niepokonani) in Warschau-Wola, die Deutschen heute sollten sich bewusst sein, dass es ohne tatsächliche Genugtuung für die damaligen Verbrechen und Wiedergutmachung nicht zu einem Abschluss dieses Kapitels der Geschichte kommen werde.
01.08.2022	Am 78. Jahrestag des Beginns des Warschauer Aufstandes gegen die deutsche Besatzung findet neben den offiziellen Gedenkveranstaltungen mit Vertretern des politischen und öffentlichen Lebens sowie Zeitzeugen ein »Marsch des Warschauer Aufstands« in der polnischen Hauptstadt statt. Der Veranstalter, der rechtsnationale Verein Eidesformel der Unabhängigkeit (Stowarzyszenie Rota Niepodległości), spricht von 30.000 Teilnehmern. Auf der Manifestation werden Banner getragen, die durchgestrichene Hakenkreuze, Hammer und Sichel, Regenbogen bzw. das Gesicht des Stadtpräsidenten von Warschau, Rafał Trzaskowski (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), zeigen.
02.08.2022	Auf einer Pressekonferenz in Kattowitz (Katowice) sagt Donald Tusk, Parteivorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), die von der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) verfolgte Forderung nach Weltkriegsreparationen von Deutschland an Polen sei vor allem ein innenpolitisches Wahlkampfthema, das die PiS nicht zu realisieren beabsichtige. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hat in Aussicht gestellt, dass der Bericht zu Schäden infolge des Zweiten Weltkrieges am 1. September (Überfall des Deutschen Reiches auf Polen 1939) veröffentlicht werden wird.
02.08.2022	Außenminister Zbigniew Rau, zurzeit Amtierender Vorsitzender der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), reist zu einem offiziellen Besuch in die Ukraine, wo er von seinem Amtskollegen Dmytro Kuleba, Präsident Wolodymyr Selenskyj sowie Ministerpräsident Denys Schmyhal empfangen wird. Rau kündigt ein Sonderprogramm der OSZE zur Unterstützung der Ukraine in Höhe von 30 Mio. Euro an. Er unterstreicht, dass Aktivitäten unternommen werden müssen, um den von Russland begonnenen Krieg in der Ukraine zu beenden. Grundlegende Voraussetzung für den Dialog zwischen den Kriegsparteien sei die Beendigung der russischen Aggression in der Ukraine und der Rückzug der russischen Streitkräfte aus dem ganzen Land in seinen international anerkannten Grenzen.
03.08.2022	Der stellvertretende Außenminister Marcin Przydacz teilt mit, dass für den Folgetag der Chargé d’Affaires von Belarus ins Außenministerium einbestellt ist. Der Anlass ist, dass in Belarus die Journalistin Iryna Slaunikawa vom Kreisgericht in Homel wegen angeblicher Bildung einer extremistischen Vereinigung zu fünf Jahren Strafkolonie verurteilt worden ist. Slaunikawa ist seit 15 Jahren mit der polnischen Fernsehanstalt TVP verbunden, vorher hatte sie bei dem von Polen getragenen TV-Sender Belsat gearbeitet. Polen werde seinen entschiedenen Protest gegen das Vorgehen äußern und die sofortige Freilassung von Slaunikawa sowie anderer unrechtmäßig festgesetzter Personen, darunter der Journalist und Vertreter der polnischen Minderheit in Belarus, Andrzej Poczobut, fordern, kündigt Przydacz an.
05.08.2022	Außenminister Zbigniew Rau empfängt in Warschau den neu berufenen Außenminister Estlands, Urmas Reinsalu. Mit Blick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine spricht sich Rau für die Verschärfung der internationalen Sanktionen gegenüber Russland aus. Die Unterstützung für die Ukraine müsse höchste Priorität haben, solange sie diese brauche. Reinsalu sagt, das Hauptziel sei, Russland zu stoppen und der Ukraine bei der Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität in den international anerkannten Grenzen zu helfen.
06.08.2022	Anlässlich des diesjährigen Jahrestreffens der Community des rechtsnationalen katholischen Senders Radio Maryja in Thorn (Toruń) schreibt Staatspräsident Andrzej Duda in seinem Grußwort, ohne Radio Maryja sei das öffentliche Leben in Polen und die Debatte über wichtige nationale Angelegenheiten nicht vorstellbar. Er dankt der »Familie Radio Maryja« für ihren Dienst am Vaterland und patriotischen Einsatz sowie für die Bewahrung des Glaubens und der Tradition und betont die zivilgesellschaftliche Sensibilität, das Verantwortungsbewusstsein und Engagement des Senders. An dem Jahrestreffen nimmt auch Przemysław Czarnek, Minister für Bildung und Wissenschaft, teil. Er dankt den Teilnehmern, denn die Familie Radio Maryja sei unerlässlich für die Erziehung der jungen Generation.

09.08.2022	Im Zusammenhang mit dem beobachteten massenhaften Fischsterben in der Oder macht die Hauptaufsichtsstelle für Umweltschutz (Główny Inspektorat Ochrony Środowiska – GIOŚ) der Woiwodschaft Niederschlesien (województwo dolnośląskie) in Breslau (Wrocław) der Staatsanwaltschaft Mitteilung über die Möglichkeit einer bestehenden Straftat.
09.08.2022	Aus Anlass des zweiten Jahrestages der gefälschten Präsidentenwahlen in Belarus eröffnen Kulturminister und Vizeministerpräsident Piotr Gliński und der Staatssekretär im Außenministerium Piotr Wawrzyk im Warschauer Łazienki-Park die Freiluftausstellung »Weiß-rot-weiß«. Gezeigt werden 19 Arbeiten eines internationalen Plakatwettbewerbs, der sich mit den Protesten der belarussischen Zivilgesellschaft für Freiheit und Menschenrechte auseinandersetzt. Von den rund 250 eingereichten Werken wurden drei prämiert und 14 ausgezeichnet.
11.08.2022	Nach Angaben des Innenministeriums werden 146 Feuerwehrleute und 49 Fahrzeuge zur Unterstützung bei der Löschung der Waldbrände im Süden Frankreichs entsandt.
12.08.2022	Nach neuesten Angaben von Eurostat stieg die Industrieproduktion in Polen im Juni um 10,5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (EU: + 3,2 %). Bezogen auf Mai 2022 fiel sie in Polen um 0,2 % (EU: + 0,6 %).
12.08.2022	Ab heute gilt ein Betretungsverbot für die Oder in den Woiwodschaften Niederschlesien, Lebusener Land und Westpommern (województwo dolnośląskie; lubuskie; zachodniopomorskie). Der Grund dafür ist das massenhafte Fischsterben, dessen Ursachen noch ungeklärt sind. Die Säuberung des Flusses von Fischkadaver dauert an.
13.08.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nimmt in Gorzów Wielkopolski (Woiwodschaft Lebusener Land/województwo lubuskie) an der Sitzung des ressortübergreifenden Krisenstabes zur Lage an der Oder teil. Diese erleidet aktuell ein massenhaftes Fischsterben. Das Problem der Verschmutzung des Flusses habe für die Regierung absolute Priorität, es werde alles getan, um die Täter zu finden und hart zu bestrafen, so Morawiecki. In Widuchowa (Woiwodschaft Westpommern/zachodniopomorskie) informiert sich Morawiecki über die Schutzmaßnahme, den Fischkadaver aus dem Wasser zu holen, um die Folgen der ökologischen Katastrophe einzudämmen.
14.08.2022	Infolge des andauernden massenhaften Fischsterbens in der Oder treffen sich in Stettin (Szczecin) Anna Moskwa, Ministerin für Klima und Umwelt, und ihre deutsche Amtskollegin Steffi Lemke. Moskwa kündigt an, dass Wasserproben auf 300 potentiell schädliche Substanzen untersucht werden. Bisherige Analysen hätten keine Hinweise auf Quecksilber oder Schwermetalle ergeben, jedoch einen erhöhten Sauerstoffgehalt im Wasser aufgezeigt. Unternehmen mit Sitz an der Oder würden ständig kontrolliert und es sei eine Belohnung in Höhe von 1 Mio. Zloty für Hinweise auf den potentiellen Verursacher des Fischsterbens ausgesetzt. Lemke spricht sich für einen besseren Informationsaustausch zwischen Deutschland und Polen aus.
16.08.2022	Die Hauptaufsichtsstelle für Umweltschutz (Główny Inspektorat Ochrony Środowiska – GIOŚ) teilt mit, dass erste Wasserproben aus der Oder zur Laboranalyse nach Tschechien geschickt wurden. Weitere werden an Labore in den Niederlanden und Großbritannien geschickt werden. Parallel dazu werden Laboruntersuchungen des Flusswassers in Polen durchgeführt. Der Grund ist das Fischsterben in der Oder, das seit Ende Juli beobachtet wird.
16.08.2022	Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Umweltkatastrophe im Zusammenhang mit dem massenhaften Fischsterben in der Oder kündigt Klima- und Umweltministerin Anna Moskwa die Entwicklung eines modernen Monitoring der Oberflächengewässer und eines Frühwarnsystems an. Dafür sollen Beobachtungs- und Analysestationen aufgebaut und Fernerkundungs- und Satellitentechniken eingesetzt werden.
17.08.2022	Vor dem Hintergrund der aufgetretenen Verschmutzung der Oder mit der Folge eines massenhaften Fischsterbens informiert Zbigniew Ziobro, Justizminister und Generalstaatsanwalt, auf einer Pressekonferenz, dass er am 12. September eine zwölfköpfige Untersuchungskommission aus Staatsanwaltschaft und Polizei gebildet hat, welche die Verschmutzung der Oder aufklären soll. Seitdem seien mehr als 200 Zeugen angehört und zwölf Ortsbegehungen durchgeführt worden, außerdem seien umfangreich Daten gesichert worden.

18.08.2022	Der Außerordentliche Klimaausschuss des Senats berät über das massenhafte Fischsterben in der Oder, das seit Ende Juli beobachtet wird, und die sich abzeichnende ökologische Katastrophe. Regierungsvertreter nehmen an der Sitzung nicht teil, was der Sprecher von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Radosław Fogiel, mit einem »skandalösen Eintrag« auf Twitter begründete. Die online zugeschaltete Woiwodschafsmarschallin der Woiwodschaf Lebuszer Land (województwo lubuskie), Elżbieta Polak, kritisiert die Regierung als passiv und die Informierung der Öffentlichkeit als deutlich unzureichend. Die Verwaltung der Woiwodschaf Lebuszer Land habe Ministerpräsident Mateusz Morawiecki schriftlich aufgefordert, den Katastrophenzustand auszurufen, jedoch bisher keine Antwort erhalten. Der vom Woiwoden einberufene Krisenstab habe in der vergangenen Woche die Anweisung erhalten, dass das Büro des Woiwoden nicht mit den Medien sprechen dürfe und die gesamte Kommunikation mit den entsprechenden Ministerien abgestimmt werden müsse. Dessen ungeachtet hätten die Woiwodschafsmarschälle der westlichen Woiwodschafte vereinbart, überregional zusammenzuarbeiten und eine Expertengruppe einzuberufen, welche die Ursachen für die Vergiftung der Oder untersuchen solle, so Polak. Die Vorsitzende des Polnischen Anglerverbands (Polski Związek Wędkarski), Beata Olejarz, berichtet, dass ihre Mitglieder sowie Freiwillige inzwischen mehr als 100 Tonnen verendete Fische aus der Oder geholt haben. Sie kritisiert, dass die Behörden sie weitgehend allein gelassen hätten.
20.08.2022	Nach aktuellen Angaben des Innenministeriums waren bisher insgesamt rund 3.000 Feuerwehrleute, 2.000 Polizisten und 1.300 Soldaten im Zusammenhang mit dem massenhaften Fischsterben in der Oder im Einsatz. Es wurden mehr als 158 Tonnen verendeter Fische geborgen.
20.08.2022	Anna Moskwa, Ministerin für Klima und Umwelt, warnt im Nachrichtendienst Twitter vor »Fake News« aus Deutschland im Zusammenhang mit dem massenhaften Fischsterben in der Oder. Wasseruntersuchungen in Polen hätten ergeben, dass keine erhöhten Pestizidrückstände in der Oder gemessen worden seien, so Moskwa. Der Hintergrund sind Mutmaßungen in deutschen Medien, dass neben anderen Ursachen Pestizide das massenhafte Fischsterben hervorgerufen haben könnten.
21.08.2022	Angesichts des massenhaften Fischsterbens in der Oder fordert der Parteivorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Donald Tusk, die Regierung auf, betroffenen Unternehmen eine Entschädigung zu zahlen. Beispielsweise sei der Tourismus an der Oder zum Erliegen gekommen, so Tusk.
22.08.2022	Die Präsidentin der Sozialversicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych – ZUS), Gertruda Uścińska, gibt bekannt, dass diese Woche an ca. 9,9 Millionen Empfänger die 14. Monatsrente ausgezahlt wird. Von ihr wird der Krankenversicherungsbeitrag abgeführt, jedoch keine Einkommensteuer. Ca. 7,7 Millionen Berechtigte, deren reguläre Monatsrente 2.900 Zloty brutto nicht übersteigt, erhalten die Zusatzzahlung in voller Höhe (1.217,98 Zloty netto). Bei höheren regulären Rentenzahlungen werden Abstriche bei der 14. Monatsrente gemacht.
23.08.2022	Am Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes (1939) fährt Präsident Andrzej Duda auf Einladung des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, in die ukrainische Hauptstadt. In bilateralen Gesprächen werden die Lage der Ukraine im russischen Angriffskrieg und militärische, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe für die Ukraine sowie bilaterale Kooperationen thematisiert. Duda sagt, er sei überzeugt, dass sich die Ukraine nicht nur gegen Russland verteidigen, sondern gewinnen und sein gesamtes Territorium zurückerhalten werde. Polen werde die Ukrainer bis zum letzten Kampftag unterstützen. Außerdem nimmt Duda online am 2. Gipfel der »Krim-Plattform« teil.
24.08.2022	Im Zusammenhang mit dem massenhaften Fischsterben in der Oder richtet Anna Moskwa, Ministerin für Klima und Umwelt, einen Brief an Bundesumweltministerin Steffi Lemke und Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir. Darin zeigt sich Moskwa befremdet über die Äußerung von Justyna Wolinska, Professorin am Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB, Berlin), dass laut einem polnischsprachigen Bericht die polnische Bevölkerung und NGOs in Polen den von polnischen regierungsnahem Medien verbreiteten Informationen über die Verschmutzung der Oder nicht trauen würden. Das IGB untersucht die Wasserverschmutzung und mögliche Ursachen von deutscher Seite. Moskwa betont den großen Einsatz der polnischen Regierung sowie staatlicher Institutionen und NGOs in Polen bei der Aufklärung der Verschmutzung. Sie erwarte von Lemke oder Özdemir eine Erklärung, ob Wolinskas Äußerung als Standpunkt der deutschen Regierung zu verstehen sei, stehe das IGB doch unter der Aufsicht eines der beiden Ministerien.

24.08.2022	Regierungssprecher Piotr Müller sagt auf einer Pressekonferenz, infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sei die Regierung Polens für ein breites Verbot für die Ausgabe von Visa an russische Staatsangehörige. Bereits seit einiger Zeit gebe Polen keine Touristenvisa mehr an Russen aus. Den von den Oppositionspolitikern Radosław Sikorski und Donald Tusk (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) geäußerten Argumenten, ein Ausgabestopp treffe gewöhnliche Bürger, nehme sie kollektiv in Verantwortung, könne dem russischen Präsidenten Wladimir Putin als Argument für Russophobie dienen und die russische Anti-Putin-Opposition enttäuschen, hält Müller entgegen, dass politisch verfolgte Russen weiter die Möglichkeit haben, politisches Asyl in der Europäischen Union zu beantragen. Ebenso hat Vizeaußenminister Szymon Szykowski vel Sęk darauf verwiesen, dass es neben Touristenvisa andere Möglichkeiten wie humanitäre Visa gebe, um die sich bestimmte Personengruppen bewerben können. Ein vollkommenes Visaverbot werde nicht angestrebt.
25.08.2022	Das US-amerikanische Rüstungsunternehmen General Dynamics Land Systems gibt den Vertragsabschluss über die Auslieferung von 250 Panzern des Typs M1A2 SEPv3 Abrams im Wert von 1,148 Mrd. US-Dollar nach Polen bekannt. Die Lieferung soll im Jahr 2026 abgeschlossen sein. Ein Teil der Panzer kam bereits im vergangenen Monat zu Schulungszwecken in Polen an.
27.08.2022	Auf dem Luftwaffenstützpunkt Malacky-Kuchyňa (Slowakei) unterzeichnen die Verteidigungsminister der Slowakei, Polens und der Tschechischen Republik, Jaroslav Nad, Mariusz Błaszczak und Jana Černochová, eine Erklärung über die Zusammenarbeit zum Schutz des slowakischen Luftraums. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz kündigt Błaszczak an, dass ab dem 1. September polnische F-16-Kampfflugzeuge den Luftraum über die Slowakei mit kontrollieren werden. Tschechien stellt dazu ebenfalls Kampfjets ab.
29.08.2022	Umweltministerin Steffi Lemke und ihre polnische Amtskollegin Anna Moskwa treffen sich erneut aus Anlass der Verschmutzung der Oder, die seit Ende Juli ein massenhaftes Fischsterben nach sich zieht. Nach den Beratungen in Bad Saarow wird für Ende September angekündigt, dass ein Expertenrat die Ergebnisse der Ursachenforschung für die Wasserverschmutzung vorstellt. Moskwa distanziert sich von einer Vorverurteilung der Industrie als Urheber für den hohen Salzgehalt im Gewässer, der zum massenhaften Wachstum einer toxischen Alge geführt hat. Uneinigkeit herrscht über den 2015 vereinbarten Ausbau der Oder, da Moskwa an ihm festhält, während Lemke ihn aussetzen will, um die Regeneration des ökologischen Systems der Oder zu ermöglichen.
30.08.2022	Marek Gróbarczyk, Vizeminister für Infrastruktur, kritisiert die Forderung von Bundesumweltministerin Steffi Lemke, den Ausbau der Oder zugunsten der ökologischen Regeneration des Gewässers, das aktuell unter massiver Verschmutzung leidet, auszusetzen. Gróbarczyk schreibt auf Twitter, die Modernisierung der Oder mit dem Bau von Staustufen sowie eines Containerterminals hätten für Polen Priorität. Polen werde keinen Schritt zurückweichen, sondern rufe die Bundesumweltministerin »zur Ordnung«, dass sie sich nicht »autoritär« zu polnischen Flüssen äußere.
30.08.2022	Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak teilt mit, dass die polnischen Streitkräfte 26 gepanzerte Fahrzeuge des Typs MRAP Cougar 4x4 erhalten haben. Insgesamt sei der Kauf von 300 gebrauchten Fahrzeugen aus Beständen der US-amerikanischen Armee vereinbart worden. Der Vertrag über die Summe von 27,5 Mio. US-Dollar wurde im Dezember 2021 unterzeichnet.
31.08.2022	Nach aktuellen Angaben des Hauptstatistikamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2022 um 5,5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Im ersten Quartal 2022 betrug der Anstieg 8,5 % gemessen am Vorjahreszeitraum.
01.09.2022	Am 83. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges mit dem deutschen Überfall auf Polen stellt Arkadiusz Mularczyk, Vorsitzender des Institutsbeirats des Jan Karski-Instituts für Kriegsverluste (Instytut Strat Wojennych im. Jana Karskiego) und Abgeordneter von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), den Bericht über Schäden, die Deutschland Polen im Zweiten Weltkrieg zugefügt hat, vor. Den Berechnungen zufolge ergeben sich Schäden in Höhe von 6,2 Bio. Zloty (1,5 Bio. US-Dollar). Mularczyk wirft Deutschland eine Vermeidungsstrategie vor, die Angelegenheit in bilateralen Verträgen zu regeln. Seit Kriegsende taktiere Deutschland mit Verschweigen, Verjährung und Vergessen. Der Bericht solle einen offenen, sachorientierten bilateralen Dialog zur Lösung der Reparationsfrage eröffnen. An der Präsentation im Warschauer Königsschloss nehmen Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, PiS-Parteichef Jarosław Kaczyński, Sejmarschallin Elżbieta Witek, die Präsidentin des Verfassungstribunals, Julia Przyłębska, sowie Minister und Parlamentarier teil. Die Veranstaltung beginnt mit einer Schweigeminute für die Opfer des Zweiten Weltkrieges.
01.09.2022	Berichten polnischer Medien zufolge sagt ein Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin als Reaktion auf die Vorstellung des Berichtes der polnischen Regierung über von Deutschland in Polen verursachte Kriegsschäden in Höhe von 6,2 Billionen Zloty (1,5 Billionen US-Dollar), die Bundesregierung vertrete weiterhin den Standpunkt, dass die Angelegenheit der Reparationen abgeschlossen ist. Deutschland trage die politische und moralische Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg.

02.09.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bekräftigt, dass Polen angesichts des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine gegen die Ausgabe von Touristenvisa an russische Staatsbürger sei. Humanitäre Visa seien davon nicht betroffen. Mitte letzter Wochen haben sich die EU-Außenminister in Prag (Tschechien) darauf geeinigt, dass das Abkommen mit Russland über Erleichterungen bei der Ausgabe von Touristenvisa für Russen ausgesetzt wird. Polen, die baltischen Staaten und Finnland hatten jedoch für eine harte Abschottung geworben.
05.09.2022	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki informiert auf einer Pressekonferenz über sein Telefonat mit der US-amerikanischen Vizepräsidentin Kamala Harris am Vortag, in dem u. a. die Energiesicherheit im Zusammenhang mit den Sanktionen gegenüber Russland aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine Thema war. Morawiecki sagt, Polen plane bis 2040 die Fertigstellung von sechs Kernreaktoren mit einer Kapazität von neun Gigawatt. Mit Harris habe er zwecks Zusammenarbeit über konkrete Firmen und Technologien gesprochen. Auch mit dem französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, habe er vor wenigen Tagen in Paris die Zusammenarbeit im Bereich Kernenergie thematisiert. Gespräche fänden außerdem mit Südkorea statt.
05.09.2022	Der polnische Sender TVN 24 berichtet über ein massenhaftes Fischsterben im Gleiwitzer Kanal. Am Vortag seien nach Angaben des Krisenstabs 500 Kilogramm Fischkadaver geborgen worden.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2022 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>